

BUCHBESPRECHUNGEN

„Die Wahrheit über den 20. Juli 1944“, Sonderausgabe der Zeitschrift „Das Parlament“, Verlag Giradet & Co., Hamburg, 32 S., Preis 0,30 D-Mark.

Die Ereignisse um den 20. Juli 1944 standen beinahe zu lange in einem eigenartigen Helldunkel. Die Stimmen der wenigen Überlebenden dieses „hellsten und schwärzesten Tages der neueren deutschen Geschichte“ waren vielfach in den Wind gesprochen, weil viel zu viele im deutschen Volke es einfach nicht wahrhaben wollen, was in ihrem Namen geschehen ist. Rechtsradikale Kreise tun ein übriges, um diesen großartigen Befreiungsversuch eines kleinen Häufleins tapferer Männer zu diffamieren und in den Schmutz zu ziehen. Die Opfer dieses Aufstandes wurden und werden verhöhnt, ausgerechnet von denjenigen, denen die bis zur Selbstopferung gehende Vaterlandsliebe und das hohe Verantwortungsgefühl der Widerstandskämpfer ausnahmslos abgeht. Die gewissenlosen und nachgerade dummdreisten Anbeter der diktatorischen Allmacht, die bis heute noch nicht das geringste aus den vergangenen 15 Jahren gelernt haben, versuchen, den 20. Juli für eine neue Dolchstoßlegende zu mißbrauchen, wobei ihnen bisher der Umstand zu Hilfe kam, daß der breiten Masse die wahren Tatbestände nur ungenügend bekannt waren, daß zumindest keine Gelegenheit bestand, sich ein lückenloses Bild von den damaligen Vorgängen zu machen. Verstreute Zeitungsartikel, mögen es auch noch so viele sein, können eine zusammenfassende Darstellung des authentischen Materials nicht ersetzen. Es ist deshalb ein großes Verdienst des „Parlaments“, daß es eine auf sorgfältigem Quellenstudium beruhende Veröffentlichung über die Ereignisse im Sommer 1944 herausgebracht hat. Die Zeitschrift leistet damit den Beitrag zur Verhinderung einer neuen Dolchstoßlüge und bewahrt die deutsche Demokratie vor dem Vorwurf, sie habe ihren Bürgern durch unvollständige Information keine Gelegenheit zu objektiver Meinungsbildung gegeben.

Die Sondernummer des „Parlaments“ enthält u. a. Aufsätze von den Bundesministern Jakob Kaiser und Dr. Hans Lukaschek, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Dr. Otto W. John, Dr. Eugen Gerstenmaier, Verbandspräsident Dr. H. J. Schmitt, Gustav Dahrendorf, Oberstadtdirektor Dr. Walther Hensel, Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel und Bischof George Bell (England), ferner den

Wortlaut des für den Fall des Gelingens vorbereiteten Aufrufes an das deutsche Volk, den Entwurf einer Regierungserklärung, eine Schilderung der Vorgänge am Tage des Attentats, die Blutprozesse und schließlich den Prozeß gegen Remer mit den ausführlichen Gutachten von Prof. Dr. Seraphim, Generalleutnant a. D. Helmut Friebe, Prof. Dr. Rupert Angermair, Prof. Dr. Iwand und Prof. Dr. Wolf. Die Tatsachen, die in dieser Sonderausgabe geschildert werden, sind so erschütternd, daß jeder denkende Mensch nach der Lektüre zumindest „in sich gehen“ und über das Geschehen dieses 20. Juli 1944 nachdenken wird. rb

Joseph Goldstein: „The Government of British Trade Unions“, Verlag Allen and Unwin Ltd., London 1952.

Ein junger amerikanischer Sozialforscher, Joseph Goldstein, war 1947 etwa 3/4 Jahr Mitglied einer lokalen Organisation des größten englischen Gewerkschaftsverbandes, der „Transport and General Workers Union“ (TGWU) geworden, um den Aufbau der Organisation, das Verhalten der Mitglieder, das Funktionieren des Apparates von innen kennenzulernen. Darüber hat er nun ein Buch geschrieben, dem der Generalsekretär dieser Gewerkschaft, Arthur Deakin, ein Vorwort beigezeichnet hat, aus dem hervorgeht, daß diese Arbeit mit seiner vollen Unterstützung erfolgte. Dadurch war dem Verfasser Einblick in alle Unterlagen möglich, um die er bat.

Um was es ging, ergibt sich am besten aus der Fragestellung, die sich Goldstein vorgelegt hatte. Er faßt sie folgendermaßen zusammen: „Sind die englischen Gewerkschaften in ihrer Struktur und in ihrer Verwaltung echte demokratische Gebilde? Ist dafür gesorgt, daß die Mitglieder in der Geschäftsführung, im Ausarbeiten der Gewerkschaftspolitik, in genügendem Umfange vertreten sein können? Haben die Mitglieder gleiche Rechte des Aufstiegs zu Funktionärstellen? Werden die Gewerkschaften von ihren angestellten Funktionären und ihren gewählten Repräsentanten so geführt, daß die Interessen der Mitglieder gewahrt werden, auch wenn nur eine Minorität aktiv am organisatorischen Leben teilnimmt und ein großer Teil kaum jemals die Zweigversammlung besucht?“

Nun, alle diese Fragen werden ausdrücklich bejaht, dennoch aber kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß praktisch dabei in vielen Fällen nicht eine Demokratie herauskommt, sondern eine Oligarchie im demokratischen Gewande; nur ein kleiner

Kreis immer derselben Mitglieder, derselben Funktionäre ist anwesend, der die Geschäfte bestimmt, die Resolutionen einbringt, abstimmt usw.

Das Buch hat eine lebhaft Diskussion hervorgerufen. Deakin hat sich von vielen Schlußfolgerungen des Verfassers distanziert, der sicher der bei Gruppenuntersuchungen immer vorhandenen Gefahr unterlegen ist, allzuviel zu verallgemeinern, was nicht typisch, sondern nur Spezialfall sein mag. Die TGWU, eine Förderung von 51 Gewerkschaften, hat 1,4 Million Mitglieder, von denen etwa 830 000 den Mitgliedsbeitrag auch für die Labour Party bezahlen; Goldsteins Zweigorganisation umfaßte rund 1000 Mitglieder und stand gerade während seiner Mitgliedschaft stark unter kommunistischem Einfluß.

Daß aber auch in vielen anderen Gewerkschaftsorganisationen die Zahl der aktiv tätigen Mitglieder nur gering und der Besuch der regelmäßigen Versammlungen nur schwach ist, ist allgemein bekannt, wie auch die Gründe, die Goldstein durch Befragen festgestellt hat: daß die Familie zuviel Zeit beansprucht, der Garten, der Film usw., alles Gründe, die gewiß deutschen Ohren nicht fremd sein werden. Die entscheidende Feststellung des Buches aber ist: daß wirkliche Demokratie nur dort die Gesellschaft bestimmt, wo die Mitgliedschaften im weitesten Maße davon Gebrauch machen, wie vollendet demokratisch der Aufbau einer Organisation auch sein mag.

Bei Goldsteins Ortsgruppe sah das so aus: Die Versammlungen fanden in einem Raum statt, der 50 Menschen Platz bot, aber die Leitung wußte eben schon, daß mehr als 5 vH. der Mitglieder doch nicht kommen. Tatsächlich war der Durchschnitt während der Mitgliedschaft des Verfassers 27, knapp 3 vH. Auch bei den Wahlen zu den gewerkschaftlichen Ämtern kamen nicht mehr, so daß immer dieselben von denselben Wenigen gewählt wurden. Und das bezieht sich auch auf andere Ortsgruppen, da Goldstein die Protokolle der anderen Zweigorganisationen durchgesehen hat. Hier zeigt sich auch der Einfluß der Kommunisten, und hier wird ein schon ans Grotteske grenzender Einzelfall geschildert: Da wurden einmal die Stimmzettel gefälscht, nicht um eine Wahl zu „schieben“, die sonst anders ausgefallen wäre, sondern um zu verschleiern, daß sie mit nur geringer Beteiligung zustande gekommen war. Ein paar hundert Stimmzettel der Nichterschiedenen wurden angekreuzt, um das Ergebnis der Wahl, die auch sonst nicht anders ausgefallen wäre, demokratisch zu frisieren.

Sofort nach Erscheinen des Buches meldeten sich in der Presse verschiedene Ge-

werkschaftsorganisationen, teils um die Feststellungen für ihre Organisation entschieden zu bestreiten, teils um sie zu bestätigen. Ein konservativer Parlamentarier, der Vorsitzender einer lokalen Gruppe eines kleinen Verbandes höherer Angestellter ist, berichtete, daß von den rund 200 Mitgliedern etwa 150 Labour-Anhänger sind, 25 wählen, kommunistisch, 25 konservativ oder liberal. Im Durchschnitt kamen etwa 40 laufend zu den Sitzungen, die Kommunisten immer nahezu vollzählig. Die Labour-Anhänger, von denen keiner Lust hatte, Vorsitzender zu werden, bewogen nun den Konservativen, sich mit ihrer Hilfe zum Vorsitzenden wählen zu lassen, unweigerlich wäre sonst der Kommunist Vorsitzender geworden.

Goldstein gibt seinem Buch den Untertitel „Eine Studie über die Apathie und den demokratischen Organismus in der TGWU“. Eine weitgehende Befragung hat dem Verfasser die Hauptursache dieser Apathie gezeigt: Eine große Zahl der Mitglieder sieht in ihren Gewerkschaften nichts anderes als eine Art von Versicherungsgesellschaft zur Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da die Gewerkschaften in dieser Hinsicht ja sehr erfolgreich gewesen sind, kümmert sich die Mehrzahl der Mitglieder ebensowenig um die Geschäftsführung und Funktionärwahlen, wie sie sich nicht um die Bürokratie ihrer Feuerversicherungsgesellschaft kümmert.

Das nutzen natürlich die Kommunisten, aus. Wie abwegig es aber ist, das allzusehr zu verallgemeinern, geht daraus hervor, daß ja auf den Jahreskongressen des TUC Resolutionen, die von kommunistisch beeinflussten Organisationen eingebracht werden, in großer Minderheit bleiben. Im Durchschnitt ergab sich, daß etwa 10 vH. der abgegebenen Stimmen derart dirigiert sind. Das ist immer noch mehr, als der politische Bedeutung der Kommunistischen Partei entspricht, die bei den letzten Parlamentswahlen in jedem Wahlkreis, um den sie kämpfte, weniger als 5 vH. der Stimmen bekommen hatte. Aber es zeigt doch die Kommandodisziplin, mit der die Kommunisten antreten.

Das eigentliche Problem, das auch aus diesem Buch hervorgeht, ist natürlich, in den Massen ein neues gewerkschaftliches Denken, eine veränderte Einstellung zur „industriellen Demokratie“ zu entwickeln. Die Führung des TUC hat das durchweg begriffen; eine solche gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich ja oft in einer Phasenverschiebung: Manchmal ist der Instinkt der Massen aufgeschlossener gegenüber neuen Aufgaben, und dann mag die Routine der Führung zurückbleiben. Manchmal aber hat die Führung schneller die Zeichen der neuen Zeit verstanden.

Das ist offensichtlich heute bei den englischen Gewerkschaften so, und für einen solchen Aufklärungsprozeß ist auch ein solches Buch sehr wertvoll. „Wenn wir Kritik begegnen“, schreibt Deakin im Vorwort, „dann werden wir die Lehren daraus ziehen!“ Bernh. Reichenbach (London)

Dr. Werner Matzies: „Der Werksarzt in der modernen industriellen Arbeitswelt“, Bund-Verlag GmbH, Köln 1952, 64 S., Preis 2,25 DM.

Im Gegensatz zu den Veröffentlichungen, die das Thema „Industrielle Arbeitswelt und medizinische Wissenschaft“ behandeln und die in den letzten 30 Jahren schon eine recht stattliche Zahl erreicht haben, sind die Publikationen über das Thema „Industrielle Arbeitswelt und Arzt“ noch recht spärlich.

Um so mehr ist man gespannt darauf, wenn neue Arbeiten auf diesem Gebiet erscheinen. Das Heftchen von Matzies darf insoweit begrüßt werden. Das Wichtigste an der vorliegenden Broschüre ist wohl der Anhang, der zum erstenmal in übersichtlicher Anordnung verschiedene Dokumente bringt, die seither der interessierten Öffentlichkeit nicht ohne weiteres als Zusammenstellung zugänglich waren.

Die Ausführungen des Autors sind in verschiedenen Punkten recht problematisch. Das wichtigste Problem der gesamten Werksarztfrage wird überhaupt nicht erörtert, nämlich die Frage, ob der Werksarzt für den Industriebetrieb verbindliche Einstellungsuntersuchungen vornehmen soll und darf. Die planmäßige und auslesende Einstellungsuntersuchung durch den Werksarzt hat einen starken wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Charakter. Sie ist der Punkt, weswegen die an sich ausgezeichnete Idee des für die Bedürfnisse des Industriebetriebes spezialisierten Arztes bei dem Arbeiter und seiner Organisation, der Sozialversicherung und bisweilen auch dem Betrieb selbst nicht recht vorankommt. Es wäre interessant gewesen, zu hören, welche Lösungsmöglichkeiten der Verfasser hier sieht.

Bei der Erörterung des Altersproblems des deutschen Volkes operiert er mit unvollständigen Begriffen. Es ist nicht zu erwarten, daß die sogenannte Überalterung des Volkkörpers gleichmäßig voranschreitet, da doch gerade die älteren Bevölkerungsschichten durch die Notjahre besonders stark gesundheitlich anbrüchig geworden sind.

Die Aufgabe des Werksarztes in der Frage der Rationalisierung ist nicht genügend dargestellt. Das Wiederauftreten Deutschlands auf dem Weltmarkt macht durch den verschärften internationalen Konkurrenzkampf und den auf uns lastenden Zwang zum Exportieren tiefgreifende Rationalisierungen

des Produktionsprozesses notwendig. Hier darauf zu achten, daß diese Rationalisierungen echte Rationalisierungen sind, das heißt also Produktionssteigerungen bei gleicher Arbeitsleistung, ist eine werksärztliche Aufgabe erster Ordnung.

Sehr zu begrüßen sind die Ausführungen des Verfassers zu dem Thema der praktischen Anwendung psychotherapeutischer Methoden im Betrieb. Ohne eine umfassende Kenntnis der Psychologie des Individuums und des Betriebs als soziologischer Einheit können die medizinischen Nutzenanwendungen der Seelenkunde vom Werksarzt nicht praktiziert werden. Es ist schade, daß der Autor in diesem Zusammenhang nicht auf die ausgezeichneten Arbeiten von Hollmann, Hantel, Hergt und Scherke hinweist.

Das Heft von Matzies ist, was den Text des Verfassers angeht, eine unvollständige Arbeit. Als ein Beitrag zur Übersicht auf dem Gebiet der Werksarztfrage kann man es als Fragment gelten lassen. Fabian

Walter Strauß: „Wirtschaftsverfassung und Staatsverfassung“ (Recht und Staat, Heft 165), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1952, 22 Seiten.

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um einen Vortrag, den der Verfasser im Herbst 1948 in München vor dem Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern gehalten hat. Es geht ihm dabei um die Zusammenhänge zwischen Staat und Wirtschaft. Die Staatsverfassung ist entscheidend für die Wirtschaftsverfassung, denn die Rechtsordnung bestimmt Form und Gestalt der Wirtschaft. Aus der Fortentwicklung der lebendigen Wirtschaft entstehen dadurch Spannungsverhältnisse. Aufgabe der Organe der Rechtsordnung ist es, solche Entwicklungen zu beobachten und zum reifen Zeitpunkt in eine rechtlich neugeordnete Bahn zu lenken. Anknüpfend an die Recht und Wirtschaft überragende Polarität von Freiheit und Bindung gibt der Verfasser einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverfassung. Aus der Betrachtung ihrer drei Teilaspekte — Markt-, Eigentums- und Betriebsverfassung — kommt er dann zu den heute gestellten Aufgaben. Wie bei der Kürze eines solchen Vortrages nicht anders zu erwarten, beschränkt er sich hier auf Andeutungen. Neue Gesichtspunkte werden nicht erörtert. Die Ausführungen erhalten ihren Wert durch die Tatsache, daß der Verfasser Staatssekretär im Bundesjustizministerium und dadurch an der Lösung der angeschnittenen Probleme mitbeteiligt ist. Seine Ausführungen erhalten so einen gewissermaßen halbamtlichen Charakter.

Dr. Egon Tuchtfeldt